

Datum:

Name

Personalnummer

Dienststelle

PPr St SE I B ____
Durch Fach

Widerspruch zur nicht amtsangemessenen, verfassungsgemäßen Besoldung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit widerspreche ich meiner aktuellen Besoldung und verweise auf das Urteil des BVerfG vom 5. Mai 2015 (2 BvL 17/09 u.a.).

Mit Urteil vom 5. Mai 2015 hat das Bundesverfassungsgericht die Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppe R 1 in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2008 bis 2010 als mit Art. 33 Abs. 5 GG unvereinbar erklärt und dabei die Kriterien konkretisiert, nach denen die Besoldung von Richtern und Staatsanwälten auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation zu überprüfen ist.

Die insoweit aufgestellten Grundsätze sind meiner Auffassung nach in gleicher Weise auf die Beamtenbesoldung „A“ anwendbar und übertragbar.

Vor diesem Hintergrund lege ich Widerspruch gegen meine aktuelle Besoldung unter Hinweis auf die Urteile des BVerfG ein.

Ich habe erhebliche Zweifel an der Amtsangemessenheit meiner Beamtenbesoldung im Land Berlin.

Ich bitte Sie um Überprüfung und entsprechender amtsangemessener und verfassungsgemäßen Angleichung meiner Besoldung.

Abschließend bitte ich im Hinblick auf die anhängigen Verfahren zur Frage der amtsangemessenen Alimentation vor dem OVG Berlin/Brandenburg und Bundesverfassungsgericht, meinen Widerspruch nicht zu bescheiden sondern bis zu einer Entscheidung der o.a. Gerichte ruhen zu lassen und auf die Einrede der Verjährung zu verzichten.

Ich bitte um eine Eingangsbestätigung.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift)